

Pressemitteilung

Bundeswehr blockiert schnelle Behandlung traumatisierter Soldaten Soldaten schlechter versorgt als gesetzlich Versicherte

Berlin, 7. Juni 2013: Seit einem Jahr blockiert die Bundeswehr eine schnelle psychotherapeutische Versorgung traumatisierter Soldaten. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) verhandelt seit einem Jahr mit dem Bundesministerium der Verteidigung einen Vertrag zur besseren ambulanten Versorgung von Soldaten mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). „Das Bundesverteidigungsministerium verschleppt immer wieder die Entscheidung über den notwendigen Vertrag“, kritisiert BPtK-Präsident Richter. „Jetzt wurde der Termin erneut um ein halbes Jahr auf September 2013 verschoben. Warum die Bundeswehr nicht bereit ist, die Versorgungsengpässe in ihrem Sanitätsdienst mit pragmatischen ambulanten Lösungen zu beheben, ist uns unverständlich. Schließlich geht es auch um die Versorgung von Soldaten, die während eines freiwilligen Auslandseinsatzes erkranken.“

Die BPtK bietet einen Vertrag an, durch den traumatisierte Soldaten innerhalb von drei Wochen einen Termin bei einer psychotherapeutischen Privatpraxis erhalten könnten. Gesetzlich Krankenversicherte können, wenn sie keinen zugelassenen Psychotherapeuten finden, auch psychotherapeutische Privatpraxen nutzen. Diese Regelung hat sich in der gesetzlichen Krankenversicherung als „Kostenerstattungsverfahren“ bewährt. Die Bundeswehr verzögert jedoch immer wieder die Entscheidung über ein solches Behandlungsangebot und versorgt ihre traumatisierten Soldaten damit schlechter als gesetzlich Krankenversicherte.

Ein Grund könnte sein, dass die Bundeswehr für diesen schnellen Zugang zur psychotherapeutischen Behandlung die üblichen Honorare für Privatpraxen zahlen müsste, die um 20 Euro über den Honoraren der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) liegen. Die Bundeswehr bietet jedoch nur eine Bezahlung, die um 10 Euro unter dem GKV-Satz liegt. „Dabei sind die Mehrausgaben überschaubar“, erläutert BPtK-Präsident Richter. „Selbst wenn zukünftig alle neu traumatisierten Soldaten in Privatpraxen versorgt würden, betrügen die Mehrkosten pro Jahr nicht mehr als 240.000 Euro.“

Seit Beginn der Auslandseinsätze der Bundeswehr steigt die Zahl der Soldaten, die wegen einer PTBS behandelt werden müssen. Nach Angaben der Bundeswehr kehrten 2012 194 Soldaten mit einer PTBS-Erkrankung aus Auslandseinsätzen zurück. Hinzu kamen noch 949 Soldaten, die weiterbehandelt wurden. Insgesamt benötigten damit 2012 1.143 Soldaten eine Behandlung aufgrund einer PTBS-Erkrankung. Die eigenen Kapazitäten der Bundeswehr reichen bei Weitem nicht aus, um diesen Soldaten eine angemessene Versorgung zu sichern.

Ihr Ansprechpartner:

Herr Kay Funke-Kaiser
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 030 278785-0
E-Mail: presse@bptk.de